

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

DIE | LAGE | IN | DER | EUROPÄISCHEN | UNION

von Kadri Memisi

Die Europäische Union versteht sich als Vorreiter für Menschenrechte, Gleichberechtigung und soziale Inklusion. Doch gerade beim Umgang mit den Roma – der größten ethnischen Minderheit des Kontinents – klafft eine alarmierende Lücke zwischen politischen Bekenntnissen und der Realität. Trotz zahlreicher rechtlicher Reglementierungen und Strategien bleibt das tägliche Leben vieler Roma in den EU-Mitgliedsstaaten von Diskriminierung, sozialer Ausgrenzung und Armut geprägt.

Systematische Diskriminierung – ein Hindernis für Integration

Obwohl die Roma seit Jahrhunderten in Europa leben und mehrheitlich Staatsbürger ihrer jeweiligen Länder sind, werden ihre Rechte weiterhin systematisch missachtet. Der Zugang zu Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung und Wohnraum bleibt für viele eingeschränkt oder gänzlich unerreichbar. Schulsegregation, Siedlungen ohne grundlegende Infrastruktur und eine mangelhafte medizinische Versorgung gehören nach wie vor zum Alltag vieler Roma.

Berichte der Europäischen Kommission belegen, dass die Diskriminierung der Roma ein strukturelles Problem darstellen. Trotz gesetzlicher Antidiskriminierungsbestimmungen und Integrationsstrategien sind sie in vielen EU-Staaten weiterhin offenem Rassismus und tief verwurzelte Antiziganismus ausgesetzt, der sich nicht nur im zwischenmenschlichen Bereich, sondern auch auf institutioneller Ebene ausmachen lässt.

Antiziganismus – historisches Erbe oder fortwährende Realität?

Einer der zentralen Gründe für die anhaltende Marginalisierung der Roma und Sinti ist der tief verwurzelte Antiziganismus – eine spezifische Form des Rassismus, der seit Jahrhunderten Teil der europäischen Geschichte ist. Roma und andere Untergruppen waren schon immer Repressionen ausgesetzt, von Versklavung und Zwangsassimilation bis hin zu Vertreibung und Völkermord. Trotz veränderter politischer Rahmenbedingungen ist dieser Rassismus noch lange nicht verschwunden – er zeigt sich heute in

diskriminierenden Gesetzen, sozialer Ausgrenzung und mangelnden Teilhabechancen.

Die EU verabschiedete 2011 einen Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma, um die Kluft zwischen dieser Volksgruppe und dem Rest der Gesellschaft in den Bereichen Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheitsversorgung zu verringern. Beinhaltet noch zahlreiche Defizite

– von fehlendem politischem Willen über unklare Mittelverteilung bis hin zur mangelnden Einbindung von Roma in die Entscheidungsprozesse.

Ohne Gleichberechtigung keine echte Integration

Ein grundsätzliches Problem ist, dass Roma vor allem als Objekte der Integration betrachtet werden, nicht aber als gleichberechtigte Partner bei der Entwicklung von Lösungen. In den meisten EU-Staaten sind sie politisch kaum vertreten, besetzen selten öffentliche Ämter und haben wenig Einfluss auf die Politik, die ihr Leben regelt.

Dadurch entstehen immer wieder Strategien, die an den tatsächlichen Bedürfnissen der Roma-Gemeinschaft vorbeigehen.

Will die EU nachhaltige Veränderungen bewirken, müssen Roma aktiv in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einbezogen werden – nicht als symbolische Vertreter, sondern als Gestalter ihrer eigenen Zukunft. Andernfalls bleiben Integrationsprogramme bloße Lippenbekenntnisse.

Die EU im Test ihrer eigenen Werte

Roma sind nicht nur die größte marginalisierte Minderheit in Europa – sie sind auch europäische Bürger. Gerade weil sich die EU als Hüterin der Menschenrechte inszeniert, kann sie nicht ignorieren, dass Millionen von Roma weiterhin an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Es ist höchste Zeit, dass Worte in Taten umgesetzt werden. Denn die Rechte und die Würde der Roma sind nicht nur ihre eigene Angelegenheit – sie sind auch ein Prüfstein für die demokratischen und menschenrechtlichen Prinzipien, auf die sich die Europäische Union beruft. ▼



Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma in der EU 2020–2030 [Abb. 15]